

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Bern, den 30. April 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 18/90Index:

	<u>Page</u>
1) 6e Conférence des Ministres Européens responsables des affaires culturelles (Palerme, 25-26 avril 1990)	2
2) Besuch des DEH-Direktors in Kenia	3
3) Schweizerisch-kanadische Konsultation vom 26./27. April 1990 in Ottawa	4
4) Tagung des Regierungsausschusses Schweiz-Deutschland, Lugano, 26./27. April 1990	6
5) 45ème session Commission Economique pour l'Europe/ONU	8
6) Soutien suisse à la Deuxième Conférence mondiale sur le climat.	10
7) 50ème session du Comité de l'environnement de l'OCDE (24-26 avril 1990)	11
8) Open Skies Konferenz	12

6e Conférence des Ministres Européens responsables des affaires culturelles
(Palerme, 25 - 26 avril 1990)

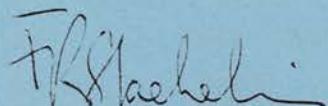
Première Conférence de ce type à 31 (26 Etats parties à convention culturelle européenne Conseil de l'Europe, dont Hongrie et Pologne) et 5 Etats observateurs (Bulgarie, RDA, Tchécoslovaquie et URSS - ainsi que Canada), à laquelle Suisse représentée par délégation conduite par CF Cotti et comprenant notamment Conseiller aux Etats Striebel - Bâle Campagne, Directeur OFC Defago et Chef Section affaires culturelles S. Matteucci, s'est inscrite dans contexte paneuropéen souligné dès ouverture par secrétaire général Lalumière, mais que participants n'étaient pas tous prêts ou disposés à affronter ouvertement. Pays Europe centrale et orientale tous représentés à niveau ministériel (ce qui a permis prendre la mesure nouveau Ministre soviétique culture Gubenko - personnifiant l'anti-aparatschik), alors que CEE avait opté pour profil plus en retrait, se faisant représenter en général à niveau hauts fonctionnaires (sauf Italie - pays hôte -, Irlande - Présidence des 12 - et RFA). Niveau ministériel délégations suisse, autrichienne, finlandaise et norvégienne a traduit intérêt plus franc à ouverture dialogue avec pays de l'Est dans domaine culturel, en même temps que rôle potentiel attribué à Conseil de l'Europe dans cette perspective. Sans avoir constitué événement majeur (se trouvant desservie au départ par documents de travail un peu dépassés), Conférence de Palerme a fourni occasion d'exposer et échanger vues intéressantes sur dossier explosif sociétés multiculturelles (abordé directement ou indirectement par nombreux participants sous angle problème minorités) et a permis à pays d'Europe centrale et orientale affirmer clairement leur désir être partenaires à partie entière "Europe culturelle" (i.e. sortir de leur isolement). Adoption document final destiné à mettre à jour textes déjà mentionnés ouvre notamment la voie à mise en chantier projet de déclaration sur société multiculturelle et à organisation éventuelle en 1993 d'une "année de la créativité artistique et culturelle de la grande Europe". Prochaine conférence prévue la même année, à Paris. Rapport plus détaillé parviendra ultérieurement à postes intéressés.

Besuch des DEH-Direktors in Kenia

Direktor Staehelin (SFR) weilte vom 23.-25.4.1990 in Nairobi. Grund des Aufenthaltes war die mit schweizerischer Unterstützung aufgebaute Hotelfachschule in Nairobi. Die Zukunft dieses äusserst erfolgreichen Projektes schien gefährdet, nachdem die Regierung beabsichtigte, der halbstaatlichen Behörde, welche die Fachschule durch zweckgebundene Abgaben auf Hotelübernachtungen und Restaurantskonsumationen zu finanzieren hat, die Bewilligung für ein Immobilienspekulationsvorhaben zu erteilen. Vorsprachen der Botschaft in dieser Angelegenheit waren erfolglos geblieben. Jedoch war SFR auf seinen Wunsch eine Unterredung mit Präsident Moi in Aussicht gestellt worden.

In vorbereitenden Gesprächen mit dem Vize-Präsidenten/Finanzminister und anschliessend dem Permanent Secretary im MAE wurde insbesondere eine Empfindsamkeit kenianischerseits betreffend Souveränität deutlich. Die Audienz beim Präsidenten erbrachte noch keinen Entscheid. Präsident Moi stellte seine Antwort via das Aussenministerium in Aussicht.

27.4.90



schweizerisch-kanadische konsultation vom 26./27. april
1990 in ottawa

botschafter jeno staehelin, begleitet von botschafter ernst andres, führte am 26./27. april gespräche im kanadischen aussenministerium mit unterstaatssekretär marchand, stv. minister für handel campbell sowie assistant deputy minister for external affairs roy. ferner stattete er entwicklungs-hilfeministerin monique landry (auch zuständig für frankophonie) einen höflichkeitsbesuch ab. die unterredungen erlaubten einen angeregten meinungsaustausch über zahlreiche themen, deren schwerpunkte die entwicklungen in osteuropa und ihre rückwirkungen auf den westen sowie die zukünftige architektur europas bildeten. kanadische beurteilungen und auffassungen deckten sich in vielem mit den unsrigen.

folgende auseinandersetzungen der kanadischen gesprächspartner seien hervorgehoben:

- wirtschafts- und handelspolitik:
 hauptziele der gegenwärtigen kanadischen wirtschaftspolitik sind die bekämpfung der inflation und die senkung des budgetdefizites, wobei allerdings die hochzinspolitik den schuldenabbau erschwert. die handelspolitik konzentriert sich auf das freihandelsabkommen mit den usa (''absolutely crucial''), europa (starkes interesse kanadas, weiterhin eng mit europa verbunden zu sein), asien/pazifischer raum (korea ist mittlerweile fünftwichtigster handelspartner kanadas) sowie auf multilaterale handelsvereinbarungen (erfolgreichem abschluss der uruguay-runde wird grosse bedeutung beige-messen, ebenso dem kanadischen vorschlag für streitschlichtungsverfahren).

- g-7:

kanada ist besorgt, die usa würden in houston grosszügigste umschuldungsaktion für polen propagieren. kanada ist nämlich in polen stärker engagiert als die usa und befürchtet insbesondere kettenreaktion anderer osteuropäischer sowie lateinamerikanischer schuldnerländer.

- kanada und europa:

kanada fühlt sich als europäische nation und legt wert darauf, weiterhin eng mit europa verbunden zu bleiben (''maintien inalterable du lien atlantique'') mittels nato, ksze und eg, mit der stärkere und formellere beziehungen

gesucht werden

- ksze:

die bonn-wirtschaftskonferenz wird als erfolg bewertet, das abschlussdokument sei in seiner wichtigkeit dem korb 3 von 1975 gleichzusetzen.

kanada will in kopenhagen (zweite tagung der conference sur la dimension humaine, 5. - 29. juni 1990) eine reihe von konkreten vorschlägen unterbreiten, insbesondere bezüglich freier wahlen und berichterstattungswesen. einem institutionellen ausbau der ksze steht kanada positiv gegenüber, sofern dies nicht eine grosse burokratie bedingt.

- eurobarat:

kanada scheint nicht von vorneherein abgeneigt, allenfalls ein assoziiertes mitglied dieser organisation zu werden (bis jetzt beobachterstatus in der parlamentarischen versammlung).

- nato:

fuer kanada hat die nato auch in zukunft eine wichtige rolle zu spielen, wobei offen ist, was das verhaeltnis zu den staaten osteuropas sein soll im falle einer aufloesung des wapa.

- deutschlandfrage:

kanada rechnet damit, sowjetunion werde schliesslich ein vereinigtes deutschland, eingebunden in die nato, akzeptieren. noch immer ist zustimmung der oeffentlichkeit fuer kanadische truppenpraesenz in europa sehr hoch. ob deutschland nach vereinigung aber fremde truppen auf seinem territorium dulden wird, ist fraglich. plaene fuer eine umwandlung des kanadischen stuetzpunktes in lahr/brd in eine ausbildungsstaette fuer friedenserhaltende aktionen werden zur zeit in ottawa studiert.

Tagung des Regierungsausschusses Schweiz-Deutschland, Lugano, 26./27. April 1990

Der deutsch-schweizerische Regierungsausschuss traf sich zu seiner regulären jährlichen Sitzung. Die CH-Delegation, die auch je einen Vertreter vom Vorort und Bauernverband umfasste, stand unter der Leitung von Botschafter Silvio Arioli. Delegationschef auf deutscher Seite war Ministerialdirigent Rudolf Morawitz vom Bundesministerium für Wirtschaft.

Zur Wirtschaftslage: Trotz allgemeinen positiven Indikatoren für den Konjunkturverlauf ergab die Diskussion eine gewisse Besorgnis über eine mögliche Ueberbeanspruchung des deutschen Bundeshaushalts und des Kapitalmarkts durch die Integration der DDR sowie über den Inflationsdruck in der Schweiz.

Zur deutschen Einigung: Nach dem Vorschlag der Bundesregierung soll die Wirtschafts- und Währungsunion auf den 2. Juli in Kraft treten. In einer zweiten Phase sollte die DDR ihr Wirtschafts- und Aussenwirtschaftsrecht an dasjenige der BRD und der EG angleichen. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, der - sofern man auf die Diskussion über gesamtdeutsche Wahlen abstellt - schon nächstes Jahr erfolgen soll, wird die DDR noch gewisse befristete Ausnahmen zumindest vom EG-Recht beanspruchen müssen. Die Bestandteile der einzelnen Phasen waren nicht in Erfahrung zu bringen, wie überhaupt die wirtschaftliche Verkraftbarkeit der Massnahmen auf beiden Seiten noch einige Probleme aufzugeben scheint. Wir weisen auf die Notwendigkeit hin, das Verhältnis zu den EFTA-Ländern in den Uebergangsregelungen zu berücksichtigen und dabei möglichst wenig kurzfristige Komplikationen zu schaffen.

Zu den Beziehungen mit den übrigen Ländern Ost- und Mitteleuropas: Die deutsche Delegation erweckte den Eindruck, dass die EG vor allem aus politischen Gründen sehr rasch einen Grundsatzbeschluss zur Aushandlung von Assoziationsverträgen verabschieden wird, ohne sich dabei aber schon auf den Inhalt, der von Land zu Land sehr unterschiedlich sein wird, festzulegen. Nach Meinung der BRD sollte die UdSSR in dieses Vertragsnetz einbezogen werden, allerdings ohne unbedingt die Bezeichnung ^{Assoziation} zu verwenden. Wir haben die Zweckmässigkeit einer engen Koordination mit den EFTA-Ländern, die den Dialog mit den Ostländern aufgenommen haben, unterstrichen. Bemerkenswert war u.a. der Hinweis,

dass die europäische Investitionsbank mit einem verdoppelten Kreditvolumen von 200 Mia. ECU zusätzlich zu den finanziellen Massnahmen der EG und der EG-Staaten die Hauptquelle der Ostfinanzierung zu werden verspricht.

Zur europäischen Integration: Die deutsche Delegation bestätigte ihre grundsätzlich positive Haltung zum EWR einschliesslich substantieller Mitwirkungsrechte der EFTA-Länder. Sie vermerkte erneut die Tatsache, dass sie sich damit in der EG keine Freunde schafft. Die kritischen Stimmen aus dem Europäischen Parlament scheint sie nicht als allzu grosses Hindernis einzustufen, nachdem den Parlamentariern eine erste Konzession in der Form der Teilnahme an den Verhandlungen gewährt werde. Die negativen Aeusserungen Delors' waren im Zeitpunkt der Sitzung noch nicht bekannt und die deutsche Delegation hatte deshalb ~~keine~~ Zweifel an der Verabschiedung des Mandats spätestens im Juni.

Der Einschluss der Sicherheitspolitik in das Projekt der EPU sollte nach Meinung der deutschen Delegation die Beitrittsmöglichkeiten der Neutralen nicht beeinträchtigen, da die EPU in einer europäischen Konstellation verwirklicht werden sollte, in der der Neutralität weit weniger Bedeutung zukommen dürfte.

Uruguay-Runde: Die deutsche Delegation bestätigte, dass in der Agrarfrage vorerst eine Lösung zwischen EG und USA gesucht werde. Dies veranlasste uns darzulegen, dass aufgrund unserer grundsätzlich andersartigen agrarpolitischen Instrumente die Uebernahme der Regeln eines EG-US-Kompromisses nicht möglich sein werde, weshalb das bilaterale Vorgehen grösste Bedenken unsererseits erwecke.

Die Sitzung gab ferner Gelegenheit eine grössere Anzahl bilateraler Probleme zu erörtern.

45 ème session Commission Economique pour l'Europe / ONU

La 45ème session annuelle de la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe s'est déroulée à Genève du 19 au 27 avril. Elle a été marquée par le processus de réforme politique et économique des pays d'Europe centrale et de l'est et s'est inscrite dans le prolongement de la conférence de la CSCE sur la coopération économique en Europe qui s'est tenue à Bonn du 19 mars au 16 avril.

La tâche principale de cette session résidait dans l'adaptation de la Commission - son style, ses méthodes de travail et ses activités - aux nouvelles conditions de la coopération économique en Europe, telles qu'elles ressortent du Document adopté à la Conférence de Bonn. Plus particulièrement, il s'agissait de donner suite à une invitation adressée par la CSCE "à élaborer des mesures pratiques dans des domaines prioritaires".

Si la Hongrie et la Pologne ont étroitement coopéré avec les pays à économie de marché (caucus occidental) et ainsi directement contribué à l'éclatement de facto du caucus oriental, l'URSS a par contre fait preuve d'une étonnante prudence, voire d'une surprenante réserve, vis-à-vis des engagements pris à Bonn. Cette attitude a considérablement freiné le processus de négociation de certaines propositions de décisions touchant directement des thèmes relevant de la transition économique et de l'avenir de la CEE/ONU. Il n'en reste pas moins que le climat - très positif - de cette session fut sans comparaison aucune par rapport à celui, empreint de méfiance, des sessions précédentes.

Première intervenante en séance pliennière, la Suisse a proposé la création d'un groupe de travail spécial chargé, comme le propose le Document de la Conférence de Bonn, d'élaborer des mesures pratiques dans des domaines

- 9 -

prioritaires. Jouissant rapidement d'un soutien croissant (pays de l'AELE, Canada, Etats-Unis dans le caucus occidental; Pologne, Roumanie et Hongrie d'autre part), cette proposition a d'abord été négociée avec les Douze au sein du caucus occidental avant d'être finalement l'objet d'un difficile accord avec les soviétiques, les bulgares et les allemands de l'est. La décision finalement adoptée est très satisfaisante: non seulement parce qu'elle constitue la première décision de ce genre jamais adoptée par la CEE/ONU touchant sa "remise en question", mais encore parce qu'elle correspond entièrement à l'approche que nous défendons quant aux objectifs et stratégies à mettre en œuvre pour permettre à cette organisation de jouer le rôle qui devrait et pourrait être le sien. Ainsi la Commission verra ses activités réorientées - et sans doute renforcées - essentiellement en fonction de la nouvelle situation existant en Europe suite aux réformes engagées à l'Est (environnement, transports, statistiques, EDIFACT et surtout aide aux économies en transition).

Le groupe de travail ainsi institué débutera ses travaux en juin pour présenter ses recommandations en décembre à l'occasion d'une reprise de un jour de la 45ème session annuelle de la Commission.

Délégation suisse, dirigée par l'ambassadeur Rossier (Délégation Genève), était composée de H.-U. Mazenauer (OFAEE, Berne) et J.-D. Clavei (Délégation Genève).

Soutien suisse à la Deuxième Conférence mondiale sur le climat.

Lors de sa séance du 11 avril 1990, le Conseil fédéral a décidé d'apporter son soutien à la Deuxième Conférence mondiale sur le climat qui se tiendra à Genève du 29 octobre au 7 novembre 1990, sous les auspices conjointes de l'Organisation météorologique mondiale (OMM), du Programme des Nations Unies pour l'environnement (PNUE), de l'UNESCO et du Conseil international des unions scientifiques.

Cette Conférence sera divisée en deux parties; la première revêtira un caractère, pour l'essentiel, scientifique alors que la deuxième sera une rencontre au niveau ministériel. La Conférence fera le point, principalement, sur les connaissances actuelles quant à l'évolution du climat mondial - eu égard notamment aux émissions de gaz susceptibles de renforcer l'effet de serre - et examinera les mesures à prendre pour faire face à cette situation.

Le soutien du Conseil fédéral à cette Conférence prendra les formes suivantes:

- (a) mise à disposition, aux frais de la Confédération, de M. Alain Clerc, Sous-Directeur à l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage, en tant que Chargé de mission du Conseil fédéral, avec la tâche de contribuer à la préparation de la Conférence, notamment et surtout à celle de sa partie ministérielle. La mise à disposition de M. Clerc couvre la période du 30 avril au 31 décembre 1990.
- (b) contribution financière à la Conférence et à la Réunion ministérielle pour un montant dont la hauteur dépendra de celle du point (a) ci-dessus;
- (c) le total de la contribution suisse à ces titres (points (a) et (b) ci-dessus) s'élèvera à quatre cent mille francs;
- (d) Contribution financière supplémentaire de cent cinquante mille francs à un fonds spécial constitué en vue de faciliter la participation à la Conférence ainsi qu'à la Réunion ministérielle de délégations gouvernementales venant de pays en développement;
- (e) don aux délégations d'un ouvrage suisse sur le changement climatique.

Le Conseiller fédéral F. Cotti sera probablement invité à assumer la présidence de la Réunion ministérielle des 6 et 7 novembre 1990.

- 11 -

50ème session du Comité de l'environnement de l'OCDE (24-26 avril 1990)

C'est sans pompe mais avec sérieux que le Comité de l'Environnement de l'OCDE a tenu sa cinquantième session et célébré par la même occasion son vingtième anniversaire. D'un Symposium sur les Consommateurs et l'Environnement, organisé la veille pour marquer l'événement, on retiendra principalement que la composante environnement influence de façon croissante le choix des consommateurs. Ce n'est pas sans soulever des questions épineuses quant à l'"éco-étiquetage" accordé aux produits considérés comme peu défavorables à l'environnement, l'usage publicitaire qu'on peut en faire, la reconnaissance internationale des labels adoptés et la mesure dans laquelle il convient d'incorporer l'ensemble du cycle de fabrication et d'utilisation du produit concerné et non seulement sa consommation, dans l'évaluation menant à l'octroi, ou non, d'un "label vert".

Lors de sa session proprement dite, le Comité a consacré la répartition des travaux sur cinq piliers: aspects économiques du développement durable, énergie et environnement, technologie et environnement, hygiène et sécurité de l'environnement, et coopération avec les pays non-membres de l'OCDE. Lors des débats, une importance particulière a été accordée aux moyens de mieux intégrer les facteurs d'environnement dans les politiques économiques, le changement climatique mondial et l'énergie, les transports ainsi que la gestion des déchets, notamment la mise en oeuvre de la Convention de Bâle.

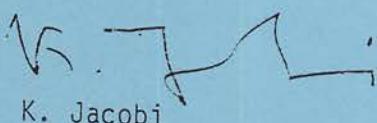
Une réunion au niveau des Ministres de l'Environnement se tiendra à Paris les 30 et 31 janvier 1991.

open skies konferenz

am 23. april begann in budapest die zweite runde der open skies konferenz. ziel dieser verhandlungsrounde, an der die 23 staaten der nato und des warschauer vertrages teilnehmen, waere es gewesen, vor dem fuer den 10. - 12. mai in budapest urspruenglich geplanten aussenministertreffen einen open skies vertrag auszuarbeiten. nachdem seit ottawa keine fortschritte erzielt worden sind und die udssr nach wie vor auf ihren bekannten positionen bestent (begrenzung der sensoren, kleine quotes, keine freie wahl der flugzeuge), ist ein vertragsabschluss in budapest noedenst unwahrscheinlich geworden. dies hat auch schliesslich die 23 teilnehmerstaaten am 26. april dazu bewogen, kein aussenminister-treffen in budapest abzuhalten und die verhandlungen bereits am 10. mai zu vertagen. es wird voraussichtlich noch eine dritte verhandlungsrounde im herbst dieses jahres geben.

die schweiz hat sich zusammen mit den drei neutralen im vorfeld der budapester verhandlungsrounde wiederum vergeblich darum bemuert, zu den verhandlungen als vollwertiges mitglied zugelassen zu werden. dank gemeinsamen demarchen erfuhrt der status aller n+n staaten als gedultete beobachter im vergleich zu ottawa eine deutliche verbessierung. insbesondere koennen die n+n staaten an den woechentlich einmal stattfindenden "open plenary" teilnehmen und moeglicherweise eigene beitraege einbringen. es ist jedoch derzeit noch offen, in welcher form solche stellungnahmen erlaubt sein werden. ansonsten werden die briefings der n+n staaten im beisein von vertretern der 23 durch das gastland fortgesetzt. sie finden zweimal woechentlich im ungarischen aussenministerium statt.

seit der letzten verhandlungsrounde in ottawa haben sich jedoch die chancen fuer eine teilnahme insofern verbessert, als die udssr im rammen einer diskussion ueber quoten andeutete, dass sie ein interesse daran haette, aufklaerungsfluege auch ueber den neutralen staaten durchzufuenren.



K. Jacobi

Referenzen und Indizien

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Aussage der Teilnehmer

Chiffriert _____ Priorität _____ Faktura _____ Text erg. _____ F.I. _____ Absender _____ Seite-Nr. _____
 X X _____ Presse und Info _____ 1
Ja _____ Nein _____ Norm. Dring. Flash _____

Empfängercode _____ Empfängercode _____ Empfängercode _____ Empfängercode _____ Empfängercode _____ Empfängercode _____

wochentx _____

Informations hebdomadaires rapides no 18/90 du 30.04.1990

- 1) IKRK-Geiseln im Libanon
- 2) Visite à Washington du Secrétaire d'Etat Blankart (blf)

1) IKRK-Geiseln im Libanon

Im Anschluss an den von Oberst Ghadaffi erfolgten speziellen Aufruf zur baldigen Freilassung der IKRK-Geiseln und die diesbezügliche Erklärung von Mustafa Saad, dem wichtigsten politischen Führer in Sidon, bestand in den vergangenen Tagen berechtigter Optimismus, dass es zum Ende des Ramadan zu einer Freilassung der beiden IKRK-Mitarbeiter kommen würde.

Leider haben sich diese Erwartungen bisher noch nicht erfüllt.

Selbstverständlich verfolgen das IKRK und das EDA alle Entwicklungen in dieser Angelegenheit weiterhin mit groesster Intensität.

Datum: 30.04.1990
Teilnehmer: 30 66

Zeit:

V. - 71

Referenz:

Adresse für Telex:

Chiffriert: Priorität: Faktura Text eng F1 Absender: Seite

Ja Nein Norm. Dring. Flash

2

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

2) Visite à Washington du Secrétaire d'Etat Blankart (blf)

a) Profitant de son séjour à New York pour l'assemblée générale spéciale des Nations-Unies, (blf) s'est rendu à Washington pour rencontrer le Secrétaire au commerce Mosbacher et pour participer à une manifestation du "european institute" où le Vice-président Andriessen prononçait une conférence sur l'EEE. A cette occasion, il a aussi eu un entretien avec le Secrétaire à l'agriculture Yeutter. De plus, il a déjeuné avec quelques hauts fonctionnaires de la banque mondiale.

b) Entretien avec Mosbacher

Cette rencontre avait un grand degré d'urgence en raison des derniers développements intervenus dans nos relations avec les Etats-Unis en matière de contrôle des exportations. En effet, la Suisse court le risque de perdre son statut de non discrimination dans l'octroi de licence pour l'exportation de haute technologie à cause de l'affaire Agie s'ajoutant à d'autres cas pendents. Et cela au moment précis où les Etats-Unis et d'autres pays COCOM vont incessamment mettre en vigueur entre eux un système de "general license" pouvant discriminer les états tiers.

Les réponses qui ont été faites côté américain ont été encourageantes, encore qu'il faut bien être conscient que le cas Agie n'est pas encore gagné et que la Suisse n'a encore aucune garantie de pouvoir bénéficier du régime libéral d'un système de

Datum:

Telex:

Referenzen und Initiativ

Adressat für Telefon-Dienste

Chiffriert	Priorität	Periode	Textläng.	F.I.	Absender	Seite-Nr.
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash		3
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	

"general license".

c) Entretien avec Yeutter (y)

Sur le plan de la procédure négociatoire agricole de l'Uruguay round, (y) indique que les USA et la CE vont se rencontrer d'ici juillet tous les 15 jours pour régler le problème. (blf) a fait part de ses réserves quant à ce type d'approche bilatérale.

d) Entretien avec Andriessen (a)

Pour (a), diverses raisons militent pour ne pas se montrer plus impatient que nécessaire dans la négociation de l'EEE. Ce dernier est une nécessité tant que la communauté est institutionnellement incapable de s'élargir, et cette incapacité pourrait durer. Il faut que la communauté se fédéralise ce qui sera - toujours selon (a) - le modèle et le début d'un processus européen plus large.

Egalement dans ce contexte de la négociation EEE, (a) nous donne le conseil de ne pas nous fier à des prises de position individuelles. Mais d'attendre celle de la commission qui seule fait foi...

e) Déjeuner avec E. Stern, senior Vice-président de la banque mondiale (bm)

(blf) a fait part de tout l'intérêt de la Suisse dans les questions relatives à l'environnement. Sans s'engager sur une éventuelle participation suisse à la constitution d'un fonds

An: EDA
Telegrammdienst
3003 Bern

Referenzen und Initiativen

Adresse für Telex an Dritte

Chiffriert	Priorität	Faxture	Text erg.	F.I.	Absender	Seite-Nr.
------------	-----------	---------	-----------	------	----------	-----------

4

Ja	Nein	Norm	Dring	Flash
----	------	------	-------	-------

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

servant à financer des projets d'envergure dans ce domaine, (blf) a engagé la (bm) à ne pas abandonner trop vite une telle idée, même en l'absence d'un mandat explicite dans ce sens de la part du comité du développement.'

La (bm) s'engage de plus en plus en Europe de l'est, c'est notamment le cas de l'ifc qui s'attend à un accroissement considérable de ses activités dans cette région.

(blf) a indiqué que pour des raisons budgétaires une participation suisse à la continuation du programme spécial pour l'Afrique sera extrêmement difficile.

En ce qui concerne notre éventuelle participation en tant que membre à part entière aux institutions de Bretton Woods, Stern a confirmé une fois encore le soutien que le secrétariat est prêt à nous apporter. Il est de l'avis qu'un siège supplémentaire dans les conseils d'administration est la meilleure des solutions mais qu'il sera très difficile de convaincre les Etats-Unis et d'autres pays importants. K. Jacobi.

////

Copie: BRF JAC PB

NNNN

Datum: _____

Volumen:

Te

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
Presse- und Informationsdienst

(standard
listint)

Bern, den 01.05.1990

i.A. 22.14.7.3.

Interne Verteilerliste

Betreff:

ZH + DP 18/90 vom 30.04.1990

Original direkt weitergeleitet

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und	Hr. von Arx	AX
Nuklearfragen		
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Beziege und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)
- alle Bundesräte (für Info hebdo)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	Panmunjom
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
Asuncion	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	Khartoum	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
Beirut	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
NIKOSIA	Kuala Lumpur	Stuttgart
Belgrad	Kuwait	Seoul
Berlin/BRD	Lagos	Sydney
Berlin/DDR	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bogota	Lima	Tel-Aviv
Bombay	Lissabon	Tokio
Bonn	London	Toronto
Bordeaux	Los Angeles	Tripolis
Brasilia	Luanda	Tunis
Brüssel+Mission	Luxembourg	Vancouver
Budapest	Lyon	Warschau
Buenos Aires	Madrid	Washington
Bukarest	Mailand	Wellington
Canberra	Manchester	Wien
Caracas	Manila	Yaoundé
Chicago	Maputo	Zagreb
Colombo	Marseille	Riad
Conakry	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Dakar	Mexiko	
Damaskus	Montreal	
Dar es Salaam	Monrovia	
Den Haag	Montevideo	
Dhaka	Moskau	
Djeddah	München	
Dublin	Nairobi	
Düsseldorf	New Delhi	
Frankfurt a/Main	New York, UNO+GK	
Genua	Osaka	
Guatemala	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
 - R. Mantelli, BAWI
 - Divisionär Petitpierre, EMD
 - R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
 - interne Verteilerliste
 - IH + DP